

## AMENDMENT FORM

### Suggestion for amendment of Article : 20

By Ms / ~~Mr~~ : Dr. Sylvia-Yvonne Kaufmann

Status : - Member - ~~Alternate~~

---

### Artikel 20: Der Gerichtshof der Europäischen Union

(1) Der Gerichtshof, einschließlich des Hochinstanzlichen Gerichts, sichert die Wahrung der Verfassung und des Rechts der Union.

*Ergänzend dazu schaffen die* Mitgliedstaaten die erforderlichen Rechtsbehelfe, damit ein wirksamer Rechtsschutz auf dem Gebiet des Unionsrechts gewährleistet ist.

(2) Der Gerichtshof besteht aus einem Richter je Mitgliedstaat und wird von Generalanwälten unterstützt. Das Hochinstanzliche Gericht besteht aus mindestens einem Richter je Mitgliedstaat; die Zahl der Richter wird in der Satzung des Gerichtshofs festgelegt. Zu Richtern des Gerichtshofs und des Hochinstanzlichen Gerichts sowie Generalanwälten des Gerichtshofs sind Personen auszuwählen, die jede Gewähr für Unabhängigkeit bieten und die in Artikel [XX] des Teils II verlangten Voraussetzungen erfüllen; sie werden von den Regierungen der Mitgliedstaaten im gegenseitigen Einvernehmen für eine Amtszeit von sechs Jahren ernannt. Die Wiederernennung ausscheidender Mitglieder ist zulässig.

(3) Der Gerichtshof entscheidet

- über Klagen der Kommission *oder* eines Mitgliedstaats *gegen einen Mitgliedstaat*;
- *über Klagen* eines Organs *der Union, eines Mitgliedstaats* oder juristischer oder natürlicher Personen *gegen Organe, Ämter, Agenturen oder Einrichtungen der Union* ~~in den Fällen und nach den Modalitäten, die in den Artikeln [YY] des Teils II vorgesehen sind~~;
- im Wege der Vorabentscheidung auf Antrag der einzelstaatlichen Gerichte über die Auslegung des Unionsrechts oder über die Gültigkeit der von den Organen, *Ämtern, Agenturen oder Einrichtungen* erlassenen Rechtsakte;
- über Rechtsmittel gegen die Entscheidungen des Hochinstanzlichen Gerichts oder überprüft in Ausnahmefällen diese Entscheidungen nach Maßgabe der Bedingungen, die in der Satzung des Gerichtshofs vorgesehen sind.

---

**Explanation (if any) :**

***Absatz 1:***

Klarstellung des Verhältnisses zwischen Rechtsbehelfen der Mitgliedstaaten und der Union.

***Absatz 3:***

Der Formulierungsvorschlag des Präsidiums ist so verknappt, dass er nicht mehr verständlich ist.

## AMENDMENT FORM

### Suggestion for amendment of Article : 223 of Part III

By Ms / ~~Mr~~ : Dr. Sylvia-Yvonne Kaufmann

Status :    - Member            - ~~Alternate~~

---

#### Artikel 223

Zu Richtern und Generalanwälten des Gerichtshofs sind Persönlichkeiten auszuwählen, die jede Gewähr für Unabhängigkeit bieten und in ihrem Staat die für die höchsten richterlichen Ämter erforderlichen Voraussetzungen erfüllen oder Juristen von anerkannt hervorragender Befähigung sind; sie werden von den Regierungen der Mitgliedstaaten im gegenseitigen Einvernehmen nach Anhörung des in Artikel 224a vorgesehenen Ausschusses ernannt.

Alle drei Jahre findet nach Maßgabe der Satzung des Gerichtshofs eine teilweise Neubesetzung der Stellen der Richter und Generalanwälte statt.

Die Richter wählen aus ihrer Mitte den Präsidenten des Gerichtshofs für die Dauer von drei Jahren. Wiederwahl ist zulässig.

Der Gerichtshof erlässt seine Verfahrensordnung. Sie bedarf der Genehmigung des Rates, ~~der darüber mit qualifizierter Mehrheit entscheidet~~ **und des Europäischen Parlaments. Sie erhält den Rang eines Organaktes.**

---

Explanation (if any) :

## AMENDMENT FORM

### Suggestion for amendment of Article : 224 of Part III

By Ms / ~~Mr~~ : Dr. Sylvia-Yvonne Kaufmann

Status : - Member - ~~Alternate~~

---

#### Artikel 224

Die Zahl der Richter des Hochinstanzlichen Gerichts wird in der Satzung des Gerichtshofs festgelegt. In der Satzung kann vorgesehen werden, dass das Gericht von Generalanwälten unterstützt wird.

Zu Mitgliedern des Hochinstanzlichen Gerichts sind Personen auszuwählen, die jede Gewähr für Unabhängigkeit bieten und über die Befähigung zur Ausübung hoher richterlicher Tätigkeiten verfügen. Sie werden von den Regierungen der Mitgliedstaaten im gegenseitigen Einvernehmen nach Anhörung des in Artikel 224a vorgesehenen Ausschusses für sechs Jahre ernannt. Alle drei Jahre wird das Hochinstanzliche Gericht teilweise neu besetzt. Die Wiederernennung ausscheidender Mitglieder ist zulässig.

Die Richter wählen aus ihrer Mitte den Präsidenten des Hochinstanzlichen Gerichts für die Dauer von drei Jahren. Wiederwahl ist zulässig.

Das Hochinstanzliche Gericht nimmt seine Verfahrensordnung im Einvernehmen mit dem Gerichtshof an. ~~Es beschließt darüber nach Zustimmung des Rates, der mit qualifizierter Mehrheit entscheidet.~~ ***Sie bedarf der Genehmigung des Rates und des Europäischen Parlaments. Sie erhält den Rang eines Organaktes.***

Soweit die Satzung des Gerichtshofs nichts anderes vorsieht, finden die den Gerichtshof betreffenden Bestimmungen der Verfassung auf das Hochinstanzliche Gericht Anwendung.

---

#### Explanation (if any) :

##### **Absatz 4:**

Die vom Präsidium vorgenommene Änderung des Wortlautes des Artikel 224 Absatz 5 ist (zumindest in der deutschen Version) missverständlich.

## AMENDMENT FORM

### Suggestion for amendment of Article : 225a of Part III

By Ms / ~~Mr~~ : Dr. Sylvia-Yvonne Kaufmann

Status : - Member - ~~Alternate~~

---

#### Artikel 225a

(1) Das Europäische Parlament und der Rat können nach dem Gesetzgebungsverfahren ~~europäische-Gesetze~~ **Organakte** zur Einrichtung von dem Hochinstanzlichen Gericht beigeordneten Fachgerichten annehmen, die für Entscheidungen im ersten Rechtszug über bestimmte Kategorien von Klagen zuständig sind, die in besonderen Sachgebieten erhoben werden. Sie beschließen entweder auf Vorschlag der Kommission und nach Anhörung des Gerichtshofs oder auf Antrag des Gerichtshofs und nach Anhörung der Kommission.

(2) In dem ~~europäischen-Gesetz~~ **Organakt** über die Einrichtung eines Fachgerichts werden die Regeln für die Zusammensetzung dieses Gerichts und der ihm übertragene Zuständigkeitsbereich festgelegt.

(3) Gegen die Entscheidungen der Fachgerichte kann vor dem Hochinstanzlichen Gericht ein auf Rechtsfragen beschränktes Rechtsmittel oder, wenn ~~das europäische-Gesetz~~ **der Organakt** über die Einrichtung des Fachgerichts dies vorsieht, ein auch Sachfragen betreffendes Rechtsmittel eingelegt werden.

(4) Zu Mitgliedern der Fachgerichte sind Personen auszuwählen, die jede Gewähr für Unabhängigkeit bieten und über die Befähigung zur Ausübung richterlicher Tätigkeiten verfügen. Sie werden vom Rat ernannt, der einstimmig beschließt.

(5) Die Fachgerichte nehmen ihre Verfahrensordnung im Einvernehmen mit dem Gerichtshof an. ~~Sie beschließen darüber nach Zustimmung des Rates, der mit qualifizierter Mehrheit entscheidet.~~ **Sie bedarf der Genehmigung des Rates und des Europäischen Parlaments. Sie erhält den Rang eines Organaktes.**

(6) Soweit ~~das europäische Gesetz~~ *der Organakt* über die Einrichtung des Fachgerichts nichts anderes vorsieht, finden die den Gerichtshof betreffenden Bestimmungen der Verfassung und die Satzung des Gerichtshofs auf die Fachgerichte Anwendung.

---

**Explanation (if any) :**

***Absatz 5:***

Die vom Präsidium vorgenommene Änderung des Wortlautes des Artikel 225a Absatz 5 ist (zumindest in der deutschen Version) missverständlich.

## AMENDMENT FORM

### Suggestion for amendment of Article : 228 of Part III

By Ms / ~~Mr~~ : Dr. Sylvia-Yvonne Kaufmann

Status : - Member - ~~Alternate~~

---

#### Artikel 228

(1) Stellt der Gerichtshof fest, dass ein Mitgliedstaat gegen eine Verpflichtung aus der Verfassung verstoßen hat, so hat dieser Staat die Maßnahmen zu ergreifen, die sich aus dem Urteil des Gerichtshofes ergeben.

(2) Hat nach Auffassung der Kommission der betreffende Mitgliedstaat die Maßnahmen, die sich aus dem Urteil des Gerichtshofs ergeben, nicht getroffen, so kann die Kommission den Gerichtshof anrufen, nachdem sie diesem Staat zuvor Gelegenheit zur Äußerung gegeben hat. Hierbei benennt sie die Höhe des von dem betreffenden Mitgliedstaat zu zahlenden Pauschalbetrags oder Zwangsgelds, die sie den Umständen nach für angemessen hält.

Stellt der Gerichtshof fest, dass der betreffende Mitgliedstaat seinem Urteil nicht nachgekommen ist, so kann er die Zahlung eines Pauschalbetrags oder Zwangsgelds verhängen.

Dieses Verfahren lässt den Artikel 227 unberührt.

(3) Erhebt die Kommission beim Gerichtshof Klage gemäß Artikel 226, da sie der Auffassung ist, dass der betreffende Staat gegen seine Verpflichtung verstoßen hat, Maßnahmen zur Umsetzung eines Rahmengesetzes mitzuteilen, so kann sie, wenn sie dies für angemessen hält, den Gerichtshof in demselben Verfahren ersuchen, gegen den betreffenden Mitgliedstaat die Zahlung eines Pauschalbetrags oder Zwangsgelds zu verhängen, wenn der Gerichtshof einen Verstoß feststellen sollte. Gibt der Gerichtshof dem Antrag der Kommission statt, so ~~wird die fragliche Zahlung~~ **ist der fragliche Betrag** innerhalb der vom Gerichtshof in seinem Urteil festgelegten Frist ~~rechtswirksam zahlbar~~.

---

#### Explanation (if any) :

##### **Absatz 3:**

Eine Regelung, wonach die Zahlung innerhalb einer im Urteil festgelegten Frist rechtswirksam werden soll, ergibt keinen Sinn.

## AMENDMENT FORM

Suggestion for amendment of Article : 229 of Part III

By Ms / ~~Mr~~ : Dr. Sylvia-Yvonne Kaufmann

Status :    - Member            - ~~Alternate~~

---

### Artikel 229

In den europäischen Gesetzen und Rahmengesetzen und *in* den ~~Gesetzen und~~ Verordnungen des Rates, die gemäß der Verfassung angenommen worden sind, kann dem Gerichtshof eine Zuständigkeit übertragen werden, die die Befugnis zu uneingeschränkter Ermessensnachprüfung und zur Änderung oder Verhängung der in ihnen vorgesehenen Sanktionen umfasst.

---

### Explanation (if any) :

Der Präsidiumsentwurf stellt die Kategorie "Gesetze des Rates" neben die Kategorie "europäische Gesetze". Gemäß Artikel 24 Absatz 1 des Präsidiumsentwurfs zu Teil I der Verfassung gibt es insoweit jedoch nur die Kategorie des europäischen Gesetzes.



## AMENDMENT FORM

### Suggestion for amendment of Article : 229a of Part III

By Ms / ~~Mr~~ : Dr. Sylvia-Yvonne Kaufmann

Status :    - Member            - ~~Alternate~~

---

#### Artikel 229a

Unbeschadet der sonstigen Bestimmungen der Verfassung wird dem Gerichtshof in einem ~~europäischen-Gesetz~~ *Organakt* in dem darin festgelegten Umfang die Zuständigkeit übertragen, über Rechtsstreitigkeiten im Zusammenhang mit der Anwendung von aufgrund der Verfassung angenommenen Rechtsakten, mit denen Titel für den gewerblichen Rechtsschutz geschaffen werden, zu entscheiden.

---

**Explanation (if any) :**

## AMENDMENT FORM

### Suggestion for amendment of Article : 230 of Part III

By Ms / ~~Mr~~ : Dr. Sylvia-Yvonne Kaufmann

Status : - Member      - ~~Alternate~~

---

#### Artikel 230

(1) Der Gerichtshof überwacht die Rechtmäßigkeit der ~~europäischen-Gesetze und Rahmengesetze sowie der Rechtsakte des Rates, der Kommission und der EZB, soweit es sich nicht um Empfehlungen oder Stellungnahmen handelt, und der Rechtsakte des Europäischen Parlaments mit Rechtswirkung gegenüber Dritten. Er überwacht ebenfalls die Rechtmäßigkeit der~~ **Rechtsakte der Organe der Union** sowie der Ämter, Agenturen und Einrichtungen der Union, die Rechtswirkung gegenüber Dritten haben.

(2) Zu diesem Zweck ist der Gerichtshof für Klagen zuständig, die ein Mitgliedstaat, das Europäische Parlament, der Rat oder die Kommission wegen Unzuständigkeit, Verletzung wesentlicher Formvorschriften, Verletzung der Verfassung oder einer bei seiner Durchführung anzuwendenden Rechtsnorm oder wegen Ermessensmissbrauchs erhebt.

(3) Der Gerichtshof ist unter den gleichen Voraussetzungen zuständig für Klagen ~~des Rechnungshofs, der Europäischen Zentralbank und des Ausschusses der Regionen~~ **der anderen Organe der Union sowie der Ämter, Agenturen und Einrichtungen der Union**, die auf die Wahrung ihrer Rechte abzielen.

(4) Jede natürliche oder juristische Person kann unter den gleichen Voraussetzungen gegen die an sie ergangenen oder sie unmittelbar und individuell betreffenden Rechtsakte sowie gegen ~~Durchführungsrechtsakte~~ **sonstige Rechtsakte**, die sie unmittelbar betreffen, ~~ohne Durchführungsmaßnahmen zu umfassen~~ **und keine Durchführungsmaßnahmen erfordern**, Klage erheben.

(5) In den ~~Rechtsakten~~ **Organakten** zur Gründung von Einrichtungen, Ämtern und Agenturen der Union können besondere Bedingungen und Modalitäten für die Klageerhebung von natürlichen oder juristischen Personen gegen ~~die mit einer Rechtswirkung verbundenen~~ Rechtsakte dieser Einrichtungen, Ämter und Agenturen vorgesehen werden.

(6) Die in diesem Artikel vorgesehenen Klagen sind binnen zwei Monaten zu erheben; diese Frist läuft je nach Lage des Falles von der Bekanntgabe des betreffenden Rechtsakts, seiner Mitteilung an den Kläger oder in Ermangelung dessen von dem Zeitpunkt an, zu dem der Kläger von diesem Rechtsakt Kenntnis erlangt hat.

---

**Explanation (if any) :**

***Absatz 1:***

Vorschlag zur Vereinfachung.

***Absatz 3:***

Nur in dieser weiten Fassung wird Artikel 230 Absatz 3 den Anforderungen des Prinzips des institutionellen Gleichgewichts und des Prinzips des effektiven Rechtsschutzes gerecht (vgl. Artikel 232 Absatz 1).

***Absatz 4:***

Ein umfassendes Individualklagerecht entspricht der mehrheitlichen Auffassung des Arbeitskreises über die Arbeitsweise des Gerichtshofs (vgl. Dokument Conv 636/03, Seite 7).

## AMENDMENT FORM

Suggestion for amendment of Article : 230a of Part III

By Ms / ~~Mr~~ : Dr. Sylvia-Yvonne Kaufmann

Status :    - Member            - ~~Alternate~~

---

### ~~Artikel 230a~~

~~Der von einer Feststellung des Europäischen Rates oder des Rates gemäß Artikel 45 betroffene Mitgliedstaat kann binnen eines Monats nach der fraglichen Feststellung den Gerichtshof wegen Verstoßes gegen die in dieser Bestimmung vorgesehenen reinen Verfahrensvorschriften anrufen.~~

---

**Explanation (if any) :**

**Streichen.** Diese Sonderregelung ist nach Verschmelzung der Union mit der Gemeinschaft nicht mehr notwendig, da der Rechtsschutz der Mitgliedstaaten gegen Entscheidungen des Rates wie des Europäischen Rates umfassend durch Art. 230 Absatz 2 zu gewährleisten ist.

## AMENDMENT FORM

### Suggestion for amendment of Article : 232 of Part III

By Ms / ~~Mr~~ : Dr. Sylvia-Yvonne Kaufmann

Status :    - Member            - ~~Alternate~~

---

#### Artikel 232

Unterlässt es das Europäische Parlament, der Rat oder die Kommission unter Verletzung dieser Verfassung, einen Beschluss zu fassen, so können die Mitgliedstaaten und die anderen Organe der Union beim Gerichtshof Klage auf Feststellung dieser Verfassungsverletzung erheben. Diese Bestimmung gilt entsprechend für die Ämter, Agenturen und Einrichtungen der Union, die es unterlassen, einen Beschluss zu fassen.

Diese Klage ist nur zulässig, wenn die in Frage stehenden Organe, Ämter, Agenturen oder Einrichtungen zuvor aufgefordert worden sind, tätig zu werden. Haben sie binnen zwei Monaten nach dieser Aufforderung nicht Stellung genommen, so kann die Klage innerhalb einer weiteren Frist von zwei Monaten erhoben werden.

Jede natürliche oder juristische Person kann nach Maßgabe der Absätze 1 und 2 vor dem Gerichtshof Beschwerde darüber führen, dass ein Organ, ein Amt, eine Agentur oder eine Einrichtung es unterlassen hat, einen ~~anderen Akt als eine Empfehlung oder eine Stellungnahme~~ **Rechtsakt** an sie zu richten.

---

#### Explanation (if any) :

Ein "anderer Akt als eine Empfehlung oder eine Stellungnahme" ist nach der Systematik des Artikel 24 Absatz 1 des Präsidiumsentwurfs für Teil I der Verfassung ein "Rechtsakt".

## AMENDMENT FORM

### Suggestion for amendment of Article : 234 of Part III

By Ms / ~~Mr~~ : Dr. Sylvia-Yvonne Kaufmann

Status : - Member - ~~Alternate~~

---

### Artikel 234

Der Gerichtshof entscheidet im Wege der Vorabentscheidung

- a) über die Auslegung der Verfassung,
- b) über die Gültigkeit und die Auslegung der Handlungen der Organe der Union,
- c) ~~über die Auslegung der Satzungen der durch die Union geschaffenen Einrichtungen, Ämter und Agenturen, soweit diese Satzungen dies vorsehen.~~

Wird eine derartige Frage einem Gericht eines Mitgliedstaats gestellt und hält dieses Gericht eine Entscheidung darüber zum Erlass seines Urteils für erforderlich, so kann es diese Frage dem Gerichtshof zur Entscheidung vorlegen.

Wird eine derartige Frage in einem schwebenden Verfahren bei einem einzelstaatlichen Gericht gestellt, dessen Entscheidungen selbst nicht mehr mit Rechtsmitteln des innerstaatlichen Rechts angefochten werden können, so ist dieses Gericht zur Anrufung des Gerichtshofes verpflichtet.

Wird eine derartige Frage in einem schwebenden Verfahren, das eine inhaftierte Person betrifft, bei einem einzelstaatlichen Gericht gestellt, so entscheidet der Gerichtshof innerhalb kürzester Zeit.

---

### Explanation (if any) :

#### *Absatz 1 Buchstabe c:*

**Streichen.** Diese Bestimmung gefährdet, wenn sie zur Anwendung gelangt, die einheitliche Anwendung des Unionsrechts.

**AMENDMENT FORM**

**Suggestion for amendment of Article : 240a of Part III**

**By Ms / ~~Mr~~ : Dr. Sylvia-Yvonne Kaufmann**

**Status :    - Member            -~~Alternate~~**

---

***~~Artikel 240a~~***

*~~Der Gerichtshof ist nicht zuständig in Bezug auf die Artikel 29 und 30 des Teils I und in Bezug auf die Bestimmungen von Kapitel I des Teils II betreffend die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik.~~*

---

**Explanation (if any) :**

**Streichen.**

## AMENDMENT FORM

Suggestion for amendment of Article : 240b of Part III

By Ms / ~~Mr~~ : Dr. Sylvia-Yvonne Kaufmann

Status : - Member - ~~Alternate~~

---

### ~~Artikel 240b~~

~~Bei der Ausübung seiner Zuständigkeiten im Rahmen der Kapitel 3 und 4 des Titels [...] betreffend den Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts ist der Gerichtshof nicht zuständig für die Überprüfung der Gültigkeit oder Verhältnismäßigkeit von Maßnahmen der Polizei oder anderer Strafverfolgungsbehörden eines Mitgliedstaats oder der Wahrnehmung der Zuständigkeiten der Mitgliedstaaten für die Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung und den Schutz der inneren Sicherheit, wenn die entsprechenden Handlungen unter das innerstaatliche Recht fallen.~~

---

Explanation (if any) :

Streichen.



## AMENDMENT FORM

Suggestion for amendment of Article : 241 of Part III

By Ms / ~~Mr~~ : Dr. Sylvia-Yvonne Kaufmann

Status : - Member -~~Alternate~~

---

### Artikel 241

Ungeachtet des Ablaufs der in Artikel 230 Absatz 5 genannten Frist kann jede Partei in einem Rechtsstreit, bei dem es auf die Geltung eines ~~europäischen Gesetzes, eines Gesetzes oder einer Verordnung des Rates, der Kommission oder der EZB~~ **Rechtsaktes von allgemeiner Geltung** ankommt, vor dem Gerichtshof die Unanwendbarkeit dieses Rechtsakts aus den in Artikel 230 Absatz 2 genannten Gründen geltend machen.

---

**Explanation (if any) :**

## AMENDMENT FORM

Suggestion for amendment of Article : 245 of Part III

By Ms / ~~Mr~~ : Dr. Sylvia-Yvonne Kaufmann

Status : - Member -~~Alternate~~

---

### Artikel 245

Die Satzung des Gerichtshofs ~~wird in einem Protokoll festgelegt~~ gilt als *Organakt fort*.

Die Satzung ~~mit Ausnahme ihres Titels I und des Artikels 64~~ kann ~~in einem Gesetz~~ *im Gesetzgebungsverfahren* geändert werden. Das Europäische Parlament und der Rat beschließen entweder auf ~~Antrag~~ *Vorschlag* des Gerichtshofs und nach Anhörung der Kommission oder auf ~~Antrag~~ *Vorschlag* der Kommission und nach Anhörung des Gerichtshofs.

---

### Explanation (if any) :

Der Präsidiumsvorschlag schafft Rechtsunklarheit. Als Protokoll hätte die Satzung wie bisher Verfassungsrang. Erfolgte die Änderung der Satzung "in einem Gesetz", so würde damit eine Zweistufigkeit der Satzung des Gerichtshofs begründet, die aus den alten Bestimmungen (Verfassungsrang) und den neuen Bestimmungen (Gesetzesrang) besteht. Diese verwirrende Konstruktion kann dadurch beseitigt werden, dass der Satzung des Gerichtshofs von vornherein kein Verfassungsrang verliehen wird.